

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend**

die Prüfung der Möglichkeit der Beschleunigung von Asylverfahren bei Straftätern

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die rechtliche Möglichkeit der Beschleunigung von Asylzuerkennungs- bzw. Aberkennungsverfahren bei rechtskräftiger Verurteilung aufgrund eines Strafdelikts (Vergehen und Verbrechen nach StGB) zu prüfen.

Begründung

Die derzeitige Häufung von schweren Gewalttaten, bei denen eine vermeintliche Beteiligung von Asylwerbern bzw. Migranten im Raum steht, hat bei der heimischen Bevölkerung große Sorge um die allgemeine, insbesondere die persönliche Sicherheit ausgelöst. Die Personen, die unser Rechts- und Wertesystem nicht teilen, dürfen durch den Rechtsstaat auch nicht gesondert geschützt werden.

Fakt ist, dass in den letzten Jahren immer wieder auch eine Wertehaltung importiert wurde, die mit unserer Gesellschaftsordnung nicht vereinbar ist. Verbunden mit Gewaltbereitschaft führt dies zu erheblichen Problemen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten sprechen sich für eine differenzierte Betrachtung dieser Problematik und insbesondere für eine sachliche, zweckgerichtete und rechtsstaatliche Lösung aus. Die Bundesregierung wird daher ersucht, die angeführten Vorschläge, die geeignet erscheinen, die objektive und subjektive Sicherheit gleichermaßen zu erhöhen, umzusetzen bzw. deren Umsetzen zu prüfen.

Linz, am 28. Jänner 2019

(Anm.: FPÖ-Fraktion)
Mahr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)
Hingsamer, Kirchmayr, Hattmannsdorfer, Manhal, Dörfel, Höckner, Raffelsberger, Pühringer, Kölblinger, Rathgeb